

SOZIALES UND GESUNDHEIT  
Postfach, 6313 Menzingen  
Telefon: 041 – 757 22 30



# Merkblatt Sozialhilfe

## **1. Wahrheits- und Informationspflicht**

- 1.1. Unterstützte Personen sind verpflichtet, dem Sozialdienst über ihre persönlichen und finanziellen Verhältnisse laufend und wahrheitsgetreu Auskunft zu erteilen. Die Angaben sind auf Anfrage hin schriftlich zu belegen.

Änderungen in den persönlichen oder finanziellen Verhältnissen sind dem Sozialdienst jeweils sofort mitzuteilen (z.B. Arbeitsaufnahme, Änderung im Arbeitspensum, Stellenwechsel, Aufnahme einer Nebenbeschäftigung, Wohnungswechsel, Änderung der Zusammensetzung des Haushaltes, etc.).

- 1.2. Ausserordentliche Auslagen sowie neue finanzielle Verbindlichkeiten müssen mit dem Sozialdienst vorbesprochen werden (z.B. neuer Mietvertrag, Zahnarzt, Anschaffungen, Unterrichts- und Kurskosten, grössere Reparaturen etc.). Sie können ansonsten nicht entschädigt werden.

- 1.3. Sämtliche Vermögen und alle Einkünfte, auch ausserordentliche (z.B. Löhne, Versicherungsleistungen, Überstundenentschädigungen, Gratifikationen, Untermieten, Erbschaften, Unterstützungszahlungen von Verwandten, Lotteriegewinne, etc.), müssen gegenüber dem Sozialdienst unaufgefordert und umgehend deklariert werden.

Der Bezug von Sozialhilfe ist mit Rechten und Pflichten verbunden. Insbesondere besteht die Pflicht, dass Sie den Sozialen Diensten Angaben zur Ihren persönlichen und finanziellen Verhältnisse umgehend dem Sozialdienst mitteilen.

Als öffentlicher Dienst ist ein Sozialdienst dazu verpflichtet, Strafanzeige einzureichen, wenn eine Person beim Sozialdienst unvollständige, unwahre oder nicht aktuelle Angaben zu den persönlichen und finanziellen Verhältnissen macht.

Mit den neuen Bestimmungen im Strafgesetz führen bereits kleine Deliktsummen zu strafrechtlichen Verfahren und schärferen Verurteilungen als bis dahin. Delikte können mit Busse, Geld- oder Freiheitsstrafen sanktioniert werden. Ausländerinnen oder Ausländern droht im Falle einer Verurteilung ausserdem die Ausweisung aus der Schweiz.

- 1.4. Zur Abklärung der Unterstützung kann der Sozialdienst bei Amtsstellen und Institutionen Auskünfte einholen (z.B. Einkünfte, Rechtsstreitigkeiten, gesundheitliche Schwierigkeiten, insbesondere auch Steuerzahlen im Zusammenhang mit allfälliger Verwandtenunterstützung). Dem Sozialdienst ist dazu, falls notwendig, eine Vollmacht auszustellen.

## **2. Allgemeine Grundsätze**

- 2.1. Sozialhilfe wird nur gewährt, soweit und solange sich Hilfe Suchende nicht selber helfen können oder Hilfe von dritter Seite nicht oder nicht rechtzeitig erhältlich ist (SHG §2bis).

- 2.2. Vermögenswerte über einer in den Richtlinien für Sozialhilfe festgelegten Freigrenze sind vor dem Eintritt der Hilfe zu verwerten und für den Lebensunterhalt zu verwenden.

- 2.3. Sozialhilfegelder gelten nicht als steuerbares Einkommen. Gemeinde-, Kantons- und Bundessteuern sind im Sozialhilfeexistenzminimum nicht eingerechnet. Es kann bei der Steuerbehörde um Stundung oder Erlass offener Steuerforderungen nachgesucht werden.

- 2.4. Die Prämien der obligatorischen Krankenversicherung (KVG) gelten nicht als Unterstützungsleistungen. Eine allfällige Prämienverbilligung ist einzufordern und an den Sozialdienst abzutreten. Die Kosten für die Selbstbehalte werden separat zum monatlichen Existenzminimum vergütet.

- 2.5. Personen im erwerbsfähigen Alter müssen AHV-Beiträge entrichten. Nichterwerbstätige haben sich bei der AHV-Zweigstelle der Gemeinde als solche registrieren zu lassen. Die Mindestbeiträge gelten nicht als Unterstützungsleistungen, können aber gemäss AHV-Gesetz erlassen werden (AHVG Art. 11).

### **3. Mitwirkungspflicht / Auflagen und Weisungen**

- 3.1. Hilfe Suchende sind zur Mitwirkung und Zusammenarbeit verpflichtet. Wird die zumutbare Mitwirkung verweigert, kann die Sozialhilfe eingeschränkt oder unterbrochen werden (SHG §3 Abs. 3). Anfang des Jahres ist der Fragebogen zur Überprüfung des Anspruchs auf wirtschaftliche Sozialhilfe inkl. Beilagen an die Gemeinde einzureichen, damit der Anspruch auf wirtschaftliche Sozialhilfe erneut geprüft werden kann.
- 3.2. Die Unterstützung darf mit Auflagen und Weisungen verbunden werden (SHG §21bis).
- 3.3. Zu den möglichen Auflagen gehört auch die Teilnahme an Massnahmen der sozialen und beruflichen Integration (SHG §15bis).
- 3.4. Die Unterstützung kann davon abhängig gemacht werden, dass bestehende oder künftige Ansprüche an die Gemeinde abgetreten werden.

### **4. Leistungskürzungen (SHG §21ter)**

Sozialhilfeleistungen können gekürzt, verweigert oder unterbrochen werden, wenn die Hilfe Suchenden Anordnungen nicht befolgen, die Einsichtnahme in Unterlagen verweigern, Leistungen unzweckmässig verwenden oder Auflagen und Weisungen missachten.

### **5. Strafbestimmung (SHG §41bis)**

Wer gegenüber Vertretern von Sozialdiensten unwahre oder unvollständige Angaben macht, Tatsachen oder veränderte Verhältnisse verschweigt oder sich in anderer Weise einen Vorteil zu verschaffen versucht, in der Absicht, für sich oder andere Leistungen nach diesem Gesetz unrechtmässig zu erwirken, wird mit Busse bestraft.

### **6. Verwandtenunterstützung (SHG §24)**

Der Sozialdienst prüft, ob gemäss Art. 328 und 329 ZGB Verwandte zur Unterstützung der Hilfe Suchenden verpflichtet sind. Wenn es die Verhältnisse rechtfertigen, werden die Pflichtigen zur Hilfe aufgefordert und es wird zwischen ihnen und dem/der Hilfe Suchenden vermittelt.

### **7. Rechtsmittel**

Hat die Hilfe suchende Person alle für die Unterstützung entscheidenden Auskünfte erteilt, legt die zuständige Stelle die Höhe der Unterstützung gemäss Richtlinien der schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) und Ausführungsbestimmungen des Kantons Zug fest. Zu Entscheiden kann innert 20 Tagen nach Mitteilung bei der aufgeführten Stelle eine beschwerdefähige Verfügung der Sozialhilfebehörde verlangt werden. Der Antrag muss eine Begründung enthalten. Der angefochtene Entscheid ist beizulegen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizufügen.

### **8. Rückerstattungspflicht SHG §25 (Auszug Sozialhilfegesetz SHG)**

1. Unterstützungen sind ganz oder teilweise zurückzuerstatten:
  - a) wenn Ansprüche gegenüber Dritten geltend gemacht werden können;
  - b) wenn bisher nicht realisierbares Vermögen verwertet wird;
  - c) wenn die Hilfe Suchenden in günstige finanzielle Verhältnisse gelangen, z.B. durch Erbschaft, Lotteriegewinn oder unentgeltliche Zuwendungen;
  - d) wenn die Hilfe Suchenden rückwirkende Leistungen von Sozial- oder Privatversicherungen oder von haftpflichtigen oder anderen Dritten erhalten, entsprechend der Höhe der in der gleichen Zeitspanne ausgerichteten Unterstützungen, sofern nicht eine Forderungsabtretung gemäss §16 Abs. 2 und 3 erfolgt und durchgeführt worden ist;
  - e) wenn Hilfe Suchende diese für andere als die von den Sozialdiensten festgelegten Zwecke verwenden und dadurch bewirken, dass erneut Unterstützung geleistet werden muss.
2. Unterstützungen, die jemand während seiner Unmündigkeit oder bis zum Abschluss einer in dieser Zeit begonnenen Ausbildung, längstens jedoch bis zum vollendeten 25. Altersjahr bezogen hat, sind nicht zurückzuerstatten.

3. Unterstützungen, die durch unwahre oder unvollständige Angaben erwirkt wurden, sind mit Zins zurückzuerstatten. Der Zinssatz richtet sich nach Art. 104 Abs. 1 OR.
4. Der Hilfesuchende ist über die Rückerstattung zu unterrichten.

**9. Verwirkung SHG §26 (Auszug Sozialhilfegesetz SHG)**

Die Rückerstattungspflicht erlischt:

- a) mit Ablauf von 10 Jahren seit der letzten Unterstützung in den Fällen von §25 Abs. 1 Bst. a, c, d und e;
- b) mit Ablauf von 25 Jahren seit der letzten Unterstützung im Falle von §25 Abs. 1 Bst. b,
- c) mit Ablauf von drei Jahren seit dem Tode des Empfängers, sofern dieser vor Ablauf der genannten Fristen stirbt. Die Rückerstattungspflicht beschränkt sich auf die empfangene Erbschaft.

Bei Unterstützungen, die durch unwahre oder unvollständige Angaben erlangt wurden, tritt keine Verwirkung ein.

**10. Kenntnisnahme durch den Empfänger (SHV §13)**

- 10.1. Der Empfänger/die Empfängerin von Unterstützung hat im Sinne von SHG §25 Abs. 4 unterschriftlich zu bestätigen, dass er/sie von den gesetzlichen Bestimmungen über die Rückerstattungspflicht und die Fristen Kenntnis genommen hat.
- 10.2. Die Kenntnisnahme dieses Merkblattes wird bei der Anmeldung für wirtschaftliche Sozialhilfe unterzeichnet. Mit der Unterschrift wird der Erhalt einer Kopie bestätigt.

**11. Strassenverkehrsamt**

Mit Ihrer Unterschrift am Schluss dieses Anmeldeformulars erklären Sie sich damit einverstanden, dass Ihre Angaben unter Punkt 10.4 betreffend Besitz von Fahrzeugen beim Strassenverkehrsamt überprüft werden können.

**12. Amt für Migration**

Im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE, SR 142.201, Art. 82b / Art. 97 Abs. 3 Bst. d AIG) vom 24. Oktober 2007 sind wir dazu verpflichtet, dem Amt für Migration des Kantons Zug die Ausländerinnen und Ausländer zu melden, die wirtschaftliche Sozialhilfe beziehen.

**13. Bestätigung**

Die nachfolgend genannte Person / genannten Personen

.....geb. ....

.....geb. ....

bestätigt / bestätigen hiermit, dass sie den Inhalt dieses Merkblattes zur Kenntnis genommen hat / haben und über die gesetzlichen Bestimmungen zur Rückerstattungspflicht von Unterstützungsleistungen orientiert wurde / wurden.

6313 Menzingen, (Datum)

Unterschrift(en):

.....

.....

.....

**Gesetzliche Grundlagen**

- Gesetz über die Sozialhilfe im Kanton Zug (Sozialhilfegesetz SHG)
- Verordnung zum Sozialhilfegesetz (Sozialhilfeverordnung SHV)